

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Anja Reinalter, Denise Loop, Dr. Kirsten-Kappert-Gonther, Misbah Khan, Ulle Schauws, Nyke Slawik, Linda Heitmann, Johannes Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mentale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Kinder und Jugendliche in Deutschland leiden zunehmend unter psychischen Problemen. Schon vor der COVID-19-Pandemie nahm die Zahl der diagnostizierten Depressionen in dieser Altersgruppe deutlich zu (www.uke.de/kliniken-institute/kliniken/kinder-und-jugendpsychiatrie-psychotherapie-und-psychosomatik/forschung/arbeitsgruppen/child-public-health/forschung/copsy-studie.html). Während der Schulschließungen in den Corona-Lockdowns verschärfte sich die Lage weiter: Im Winter 2021/2022 berichtete fast die Hälfte der 7- bis 22-Jährigen von einer verminderten Lebensqualität, 30 Prozent litten unter Angstsymptomen, 39 Prozent fühlten sich einsam.

Inzwischen geht es Kindern und Jugendlichen zwar psychisch wieder besser – aber immer noch deutlich schlechter als vor der Pandemie. So war der Anteil einsamer junger Menschen im Jahr 2024 rund 50 Prozent höher als vor der Krise (Kaman A. u. a. [2025]: Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Zeiten globaler Krisen). Auch das Schulbarometer 2024 zeigt: Mehr als jeder vierte Schüler oder Schülerin gab an, eine geringe Lebensqualität zu haben (Jude N. u. a. [2024]: Deutsches Schulbarometer: Befragung Schüler:innen). Die Zahl insbesondere der Mädchen zwischen 12 und 17 Jahren mit Essstörung, die sich in klinische Behandlung begeben müssen, ist nachweislich stark gestiegen in den letzten Jahren. (vgl. www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Magersucht-Bulimie-Binge-Eating-Zahl-der-Esstörungen-gestiegen,essstörung156.html)

Das Problem von psychischen Problemen insbesondere unter jungen Menschen beschränkt sich nicht auf Deutschland. Die internationale Lancet Psychiatry Commission on Youth Mental Health spricht inzwischen von einer „globalen Krise der psychischen Gesundheit junger Menschen“. Die Ursachen seien vielfältig und reichten von der COVID-19-Pandemie über globale Megatrends wie den Klimawandel bis hin zu unregulierten sozialen Medien (McGorry P. D. [2024]: The Lancet Psychiatry Commission on Youth Mental Health – Policy Brief). Die Bundesschülerkonferenz, die die Interessen von mehr als 7,5 Millionen Schüler*innen in Deutschland vertritt, greift diese Problematik in ihrer Kampagne „Uns geht’s gut?“ auf.

Die psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen ist mit besonderen Herausforderungen verbunden. Schwer psychisch kranke Kinder und Jugendliche leiden nicht nur unter den direkten Symptomen ihrer Krankheit, sie sind häufig auch nicht selbst in der Lage, geeignete Hilfen in Anspruch zu nehmen oder überhaupt zu finden. Erschwerend kommt hinzu, dass bestehende Hilfsangebote innerhalb der unterschiedlichen Strukturen angeboten und

dadurch teils unübersichtlich werden. Sie sind zudem auch nicht überall in Deutschland immer verfügbar, ausreichend ausgestattet und gut zu erreichen. (vgl. www.g-ba.de/downloads/17-98-5911/250611_G-BA_Geschaeftsbericht_2024_BF.pdf)

Die Zunahme psychischer Belastungen bei jungen Menschen hat langfristige Folgen für das Gesundheitswesen, die Wirtschaft und die Demokratie. Psychische Erkrankungen können, wenn sie nicht frühzeitig behandelt werden, lebenslang negative Folgen haben. Im Jahr 2023 beliefen sich die Kosten psychischer Erkrankungen im Gesundheitswesen auf 63,3 Mrd. Euro (www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2025/08/PD25_293_236.htm). Prognosen gehen von einer weiteren Steigerung kassenärztlicher Leistungen im Bereich Psychotherapie bis 2030 um 23 Prozent aus (www.aerzteblatt.de/news/zi-inans-pruchnahme-vertragsaerztlicher-leistungen-wird-ansteigen-96d95dcc-1b7b-4ad3-880a-753b60b133b6). Psychische Erkrankungen sind zudem in knapp 15 Prozent aller Krankmeldungen und in 42 Prozent der Fälle von Frühverrentungen die Ursache (DGPPN e. V. [2024]: Basisdaten Psychische Erkrankungen). Aus Sicht der Fragesteller*innen stellen die aktuell übergreifenden Krisen ernsthafte Bedrohungen für seelische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland dar.

Während der COVID-19-Pandemie haben Kinder und Jugendliche aus Solidarität mit gefährdeten, meist älteren Gruppen massive, politisch angeordnete Einschränkungen ihres Lebens mitgetragen und damit wesentlich dazu beigetragen, das Infektionsgeschehen unter Kontrolle zu bringen. Aus Sicht der Fragesteller*innen trägt die Bundesregierung deshalb eine besondere Verantwortung, die Folgen der Pandemie für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen umgehend mit konkreten Schritten abzufedern.

Wir fragen die Bundesregierung

1. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Häufigkeit psychischer Krankheiten sowie die gesundheitsbezogene Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen nachhaltig auf das Niveau vor der COVID-19-Pandemie zu bringen?
2. Welchen Zeitplan sieht die Bundesregierung für die geplante Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ (Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, S. 101) vor und wird das BMBFSFJ hier federführend sein?
3. Auf welche Rechtsbereiche beziehen sich die geplanten Experimentierklauseln bei der Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ (Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, S. 101) und für welche Zwecke sollen diese genau ermöglicht werden?
4. Wie bezieht die Bundesregierung die Expertise junger Menschen, vertreten etwa durch die Bundesschülerkonferenz oder den Deutschen Bundesjugendring, konkret in die Ausarbeitung der Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ mit ein?
5. Wie bezieht die Bundesregierung die Expertise der Wissenschaft und weiterer Stakeholder konkret in die Ausarbeitung der Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ mit ein?
6. Inwiefern fanden bereits Gespräche mit den Ländern insbesondere, aber nicht nur, im Hinblick auf den angekündigten Fokus auf „Fortbildung von Pädagogen und Fachkräften“ der Strategie (ebd.) statt?
7. Wie berücksichtigt die Bundesregierung in der Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ den Jugendmedienschutz (z. B. JMStV, Ju-

- gendschutzgesetz), um den besonderen Risiken digitaler Medien für die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu begegnen, und werden gesetzliche Änderungen Teil der Strategie sein?
8. Welche Rolle spielen die drei Säulen des Startchancen-Programms zur Verbesserung der mentalen Gesundheit von Schüler*innen?
 - a) Wie ist der Zeitplan zur von der Koalition angekündigten Ausweitung und Weiterentwicklung des Programms (siehe Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, S. 101) und inwiefern fanden hierzu schon Gespräche mit den Ländern statt?
 - b) Auf wie viele Schulen soll das Programm ausgeweitet werden?
 - c) Inwiefern soll die angekündigte Weiterentwicklung des Programms auch Aspekt zur Förderung der mentalen Gesundheit berücksichtigen?
 9. Plant die Bundesregierung über das Startchancen-Programm hinaus Förderprogramme aufzusetzen, die die Finanzierung von Schulsozialarbeiterstellen und schulpsychologischen Angeboten ermöglichen?
 10. Liegen der Bundesregierung Zahlen über den Schlüssel von Schulsozialarbeiter*in und Schulpsycholog*in pro Schüler vor (gerechnet in Vollzeitäquivalenten)?
 - a) Wenn ja, wie lauten die Zahlen (bitte nach Schulsozialarbeiter*in und Schulpsycholog*in sowie nach Bundesländern aufschlüsseln)?
 - b) Wenn nein, wie plant die Bundesregierung sich einen Überblick über die Versorgungslage zu verschaffen?
 11. Welcher Schlüssel an Schulpsycholog*in pro Schüler bzw. an Sozialarbeiter*in pro Schüler*in betrachtet die Bundesregierung als ideal (gerechnet in Vollzeitäquivalenten)?
 12. Wie bewertet die Bundesregierung das Programm „Mental Health Coaches“ an Schulen, auf welcher Grundlage erfolgt diese Bewertung und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Evaluation des Programms?
 13. In welchem Umfang plant die Bundesregierung, das Programm „Mental Health Coaches“ über das Haushaltsjahr 2025 hinaus fortzuführen und welche Mittel sind dafür in den kommenden Haushaltsjahren vorgesehen?
 14. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Wartezeiten auf therapeutische Hilfe für Kinder und Jugendliche zu verkürzen – speziell auch bei Essstörungen – und wie werden die Mental Health Coaches dabei als Brücke ins reguläre Hilfesystem genutzt?
 15. Welche begleitenden außerschulischen Maßnahmen (z. B. in den Bereichen Bewegung und Kultur) sind 2025 vorgesehen, um die Wirksamkeit des Programms „Mental Health Coaches“ zu erhöhen?
 16. Welche Rolle spielen die Mental Health Coaches im Gesamtkonzept der Bundesregierung zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen?
 17. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, über die Strategie „Mentale Gesundheit für junge Menschen“ hinaus, um mehr Sichtbarkeit für die bei Kindern und Jugendlichen weit verbreiteten Krankheitsbilder wie Depression, Angststörung oder Anorexia nervosa zu schaffen?
 18. Was bedeutet konkret das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung formulierte Ziel, die Resilienz von Kindern und Jugendlichen zu stärken

- (S. 112) und welche Schritte hat die Bundesregierung bislang eingeleitet, um dieses Ziel zu erreichen?
19. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Prävention psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen bei, um der im Vortext benannten Krise der psychischen Gesundheit junger Menschen entgegenzuwirken?
 20. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um der Entstehung psychischer Erkrankungen und auch Suchterkrankungen (insbesondere in Bezug auf Alkohol und Tabak) im Kindes- und Jugendalter präventiv entgegenzuwirken?
 21. Wie ist die Finanzierung niedrigschwelliger Unterstützungsangebote für Kinder und Jugendliche mit psychischen Belastungen – wie etwa „Krisenchat“ oder die „Nummer gegen Kummer“ – im Rahmen des Kinder- und Jugendplans (KJP) gesichert, und plant die Bundesregierung die Verstärkung sowie den Ausbau vergleichbarer Projekte?
 22. Welche Rolle misst die Bundesregierung dem unreguliertem Gebrauch sozialer Medien bei der Entstehung der im Vortext beschriebenen Krise der psychischen Gesundheit junger Menschen zu?
 23. Welche Chancen sieht die Bundesregierung in der Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche, insbesondere im Hinblick auf soziale Teilhabe und Bildung?
 24. Wie bewertet die Bundesregierung das Diskussionspapier „Jugendmedienschutz“ der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina (www.leopoldina.org/fileadmin/redaktion/Publikationen/Diskussionen/2025_Diskussionspapier_Soziale_Medien.pdf) und welche Schlüsse zieht sie daraus?
 25. Wie ist der Stand bezüglich der im Koalitionsvertrag angekündigten Expertenkommission „um eine Strategie „Kinder und Jugendschutz in der digitalen Welt“ zu erarbeiten und die Umsetzung ressort- und Ebenen übergreifend zu begleiten“ (Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, S. 100)?
 - a) Welche Expert*innen werden Teil dieser Kommission sein?
 - b) Wird auch die Expertise junger Menschen, beispielsweise vertreten durch die Bundesschülerkonferenz, einbezogen?
 - c) Was ist der konkrete Arbeitsauftrag der Kommission und der genaue Zeitplan?
 26. Plant die Bundesregierung die Einführung einer gesetzlichen Altersbegrenzung für die Nutzung sozialer Medien durch Kinder und Jugendliche, und wenn nein, warum nicht?
 27. Welche technischen oder regulatorischen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um das Alter der Nutzenden von sozialen Medien zuverlässig, datenschutzkonform und sicher zu prüfen, ohne zudem unerwünschte Ausgrenzung zu schaffen?
 28. Welche technischen und regulatorischen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um auch jenseits sozialer Netzwerke Jugendschutz im Internet besser sicherstellen zu können (z. B. in Bezug auf den Online-Kauf von Alkohol, Tabakprodukten, Teilnahme an Glücksspiel oder Prävention von Verschuldung)?
 29. Wie ist der aktuelle Stand der Prüfung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) des von NACOA e. V. und KidKit (Drogenhilfe Köln) entwickelten Konzepts zur Einrichtung

- einer Onlineberatungsplattform für Kinder psychisch und suchtkranker Eltern, und wann ist mit einer Entscheidung über die Förderung zu rechnen?
30. Welche konkreten Maßnahmen werden durch die Bundesregierung in Deutschland oder auch im Rahmen europaweiter Initiativen ergriffen, um Kinder und Jugendliche vor suchtähnlichem Nutzungsverhalten bei sozialen Medien, Games oder Plattformen mit Glücksspiel-Elementen wie Lootboxen zu schützen?
 31. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung dem Einfluss von Design-Elementen digitaler Plattformen (z. B. unendlicher Newsfeed, In-App-Käufe, permanenter Erreichbarkeit) auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bei, und wie soll hier regulatorisch oder präventiv gegengesteuert werden?
 32. Wie bewertet die Bundesregierung die Rolle selbstverstärkender Algorithmen sowie von KI-basierten „Companions“ (Chatbots, die Beziehungen zu Usern simulieren) im Hinblick auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen?
 33. Welche Unterstützungsangebote sollen Eltern erhalten, um ihre Kinder im pädagogischen Umgang mit digitalen Medien und deren Auswirkungen auf Schlaf, Aufmerksamkeit und psychische Gesundheit besser begleiten zu können?
 34. Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen aus einkommensarmen Familien zu stärken und wie sollen diese in bestehende Hilfesysteme integriert werden?
 35. Welche Schritte unternimmt die Bundesregierung, um geflüchtete Kinder und Jugendliche – insbesondere unbegleitete Minderjährige – in bestehende Hilfesysteme wie Schulen, Jugendhilfe und Frühe Hilfen einzubinden, damit ihre psychische Gesundheit gezielt gefördert wird?
 36. Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung zur Verbesserung der Zusammenarbeit der kommunalen Hilfesysteme und relevanten Sozialleistungsträger (z. B. Kinder- und Jugendhilfe, Suchthilfe, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Eingliederungshilfe) speziell zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen mit psychisch erkrankten Eltern und wie wird dabei sichergestellt, dass die Perspektiven der betroffenen Familien einbezogen werden?
 37. Welcher Stand besteht aktuell bei der im Koalitionsvertrag (S. 99) angekündigten Aufstockung der Bundesstiftung Frühe Hilfen sowie bei der modellhaften Erprobung einer Ausweitung der Frühen Hilfen auf Kinder im Alter von vier bis sechs Jahren, die Ministerin Prien in der Ausschusssitzung am 18. August 2025 angekündigt hat?
 38. Wie will die Bundesregierung die Entstigmatisierung von Suchterkrankungen und psychischen Erkrankungen als Daueraufgabe etablieren, und ist eine bundesweite Entstigmatisierungskampagne für Familien mit psychisch und suchtkranken Elternteilen geplant?
 39. Existiert bereits ein systematischer Evaluierungs- und Monitoring-Prozess zur Umsetzung der 19 Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Kinder psychisch- und suchtkranker Eltern“ (AG KpkE), und wenn nein, wann plant die Bundesregierung, diesen Prozess einzurichten, und welche konkreten Schritte sind vorgesehen, um die Umsetzung der Empfehlungen interdisziplinär und interministeriell zu begleiten?
 40. Wie bewertet die Bundesregierung die aktuelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Ent-

scheidungsprozessen, insbesondere im Hinblick auf ihre tatsächliche Einflussnahme auf Entscheidungsprozesse und -ergebnisse?

41. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller*innen, dass Partizipation von Kindern und Jugendlichen politisch gewollt, aktiv gestaltet und finanziell unterstützt werden muss, und wenn ja, mit welchen konkreten Maßnahmen plant sie die Förderung von Partizipationsmöglichkeiten umzusetzen?
42. Welche Barrieren bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung für Kinder und Jugendliche beim Zugang zu notwendigen Ressourcen für eine wirksame Partizipation, und welche Schritte plant die Bundesregierung, um diese Barrieren gezielt abzubauen?
43. Wie plant die Bundesregierung die absehbaren Folgen der gesteigerten psychischen Belastung von Kindern und Jugendlichen für Arbeitsmarkt und Volkswirtschaft abzufedern?

Berlin, den 2. September 2025

Katharina Dröge, Britta Habelmann und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.